

Dabei sein ist alles

Am 27. Juli fällt der Startschuss für die Olympischen Spiele in London. Nicht nur Sportler hoffen auf Gewinne, sondern auch Unternehmen.



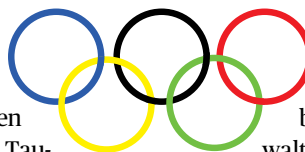
Maren Kienab
Institut für Ökonomische Bildung
Oldenburg

Seit sieben Jahren bereitet sich die britische Hauptstadt auf diesen Moment vor. Ab dem 27. Juli steht London 17 Tage lang als Austragungsort der 30. Olympischen Sommerspiele im weltweiten Blickpunkt. Mehr als 10 000 Sportler kämpfen um einen Platz auf dem Siebertreppchen. Dieses Großereignis lässt sich Großbritannien einiges kosten: Regierung und Organisatoren beziffern die Ausgaben mit 9,3 Milliarden britischen Pfund (mehr als 11 Milliarden Euro).

Darin enthalten sind unter anderem Kosten für den Bau von Sportstätten, für Sicherheitsvorkehrungen, für Werbung oder Personal.

Im Gegenzug versprechen sich die Briten aber auch einige Einnahmen durch Olympia. Tausende Touristen werden nach London reisen, dort in Hotels übernachten, essen und shoppen gehen. Dadurch kurbeln sie die Wirtschaft an.

Ebenso nutzen viele internationale Unternehmen die Spiele, um weltweit auf sich aufmerksam zu machen. Der Sportartikelhersteller Adidas zahlt beispielsweise über 115 Millionen Euro für Werbung rund um das Großereignis. Aber auch Unternehmen, die auf den ersten Blick nichts mit Sport zu tun haben, wollen ihren Namen als **Sponsor** (siehe Spickzettel, Seite 8) in der Öffentlichkeit platzieren.



So stellt BMW die Autos für Sportler und Journalisten bereit, und das Anwaltsbüro Freshfields hat sämtliche Olympia-Verträge ausgearbeitet. Die reichen von Bau- bis hin zu Arbeitsverträgen.

Wo die Olympischen Spiele stattfinden, entscheidet das Internationale Olympische Komitee (IOC). Dem gefiel die Idee der Londoner Bewerber, im als Armenviertel geltenden East End Olympiapark und Olympiadorf zu bauen. Dadurch sind dort nun Arbeitsplätze, bessere Verkehrsanbindungen und modernere Wohnungen entstanden. Die Sportanlagen sollen später teilweise der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Dennoch kritisieren viele Bürger die hohen Kosten. Denn diese finanzieren sie über ihre Steuergelder mit.

INFRASTRUKTUR
Warum große Verkehrsprojekte wichtig und umstritten zugleich sind.

SEITE 2

FIRMENPLEITEN
Was passiert eigentlich, wenn Unternehmen kein Geld mehr haben?

SEITE 5

EHRENAMT
Schüler berichten über ihren Einsatz für den guten Zweck.

SEITE 7

GESAGT ...

»Ihr seid nicht nur Konsumenten. Ihr seid Bürger, das heißt Gestalter, Mitgestalter.«

Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Antrittsrede (siehe Seite 4)



**Handelsblatt
Newcomer
auf Englisch**



Schüler und Lehrer können eine englische Übersetzung des Handelsblatt Newcomers auf unserer Internetseite kostenlos als PDF herunterladen. Mehr Infos unter:
www.handelsblattmacht-schule.de/newcomer

FRAGEN AN

Ulrich
Scheele

Professor Ulrich Scheele, Gesellschafter der Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung Oldenburg.

Welche Aufgaben übernimmt Ihre Arbeitsgruppe, wenn große Bauprojekte wie Häfen oder Kraftwerke geplant sind?
In erster Linie überprüfen wir die Umweltverträglichkeit dieser Projekte. Zugleich analysieren wir, wie sich negative Auswirkungen vermeiden oder ausgleichen lassen. Eine mögliche Maßnahme ist etwa die Schaffung von Kompensationsflächen. Diese werden zum Ausgleich für Eingriffe in die Natur ökologisch aufgewertet und gestaltet.

Mit welchen Akteuren haben Sie dabei zu tun?

In der Regel findet eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern statt, die das Projekt planen und bauen, mit der jeweiligen Gemeinde und mit den Genehmigungsbehörden. Relativ früh eingebunden sind auch die breite Öffentlichkeit, Bürgerinitiativen oder Naturschutzverbände.

Wie lange dauert es von der ersten Projektidee bis zu deren Umsetzung?

Je nach der Größe des Projekts und den potenziellen Auswirkungen kann es bis zu acht Jahre dauern, bis alle Genehmigungen vorliegen und alle Probleme gelöst sind.

Welche gesetzlichen Vorgaben sind bei solchen Projekten zu beachten?

Die Inhalte und der Ablauf der Genehmigungsverfahren sind rechtlich ganz genau vorgegeben. Entscheidend sind hier unter anderem das Umwelt- und das Naturschutzrecht und die Anforderungen des Wasserrechts oder des Lärmschutzes. Viele dieser Vorgaben werden auf der europäischen Ebene festgelegt.

Die Fragen stellte **Maren Kienab**
Institut für Ökonomische Bildung
Oldenburg

Die Langversion des Interviews gibt es unter: www.handelsblattmachtschule.de/newcomer



Für und Gegen



Großflughafen Berlin, Stuttgart 21, Ausbaggerung der Elbe – große Infrastrukturprojekte sind heftig umstritten. Ökonomische und ökologische Interessen stehen im Konflikt.

Hans Christian Müller
Handelsblatt Düsseldorf

Mehrmals wurde der Start verschoben. Aber im März 2013 soll es nun endlich so weit sein. In Berlin öffnet dann der neue Flughafen Berlin Brandenburg. Endlich hat die Hauptstadt dann das, was eine ordentliche Hauptstadt braucht: einen großen internationalen Airport, von dem die Passagiere direkt nach Amerika oder Asien fliegen können, ohne umständlich umsteigen zu müssen wie bisher. Die Berliner wollen mit dem modernen Verkehrsknotenpunkt aber auch mehr große Unternehmen nach Berlin locken. Diese schaffen dann hoffentlich neue Arbeitsplätze. Denn wirtschaftlich gesehen ist Berlin keine Hauptstadt: Die großen deutschen Konzer-

ne sitzen in München, Frankfurt oder rund um Düsseldorf. Eben dort, wo es große Flughäfen gibt.

Ganz Berlin freut sich also, dass es demnächst endlich losgeht. Ganz Berlin? Nein, eine Gruppe von wütenden Menschen läuft Sturm gegen das Projekt. Flughafengegner haben Bürgerinitiativen gegründet, demonstriert und vor Gerichten geklagt. Sie sorgen sich um die Umwelt. Sie wollen nicht, dass bald doppelt so viele Flugzeuge die Berliner Luft verpesten wie heute.

Zu den Protestierenden gehören aber auch die Bürger, die in der Einflugschneise wohnen. Sie fürchten um ihren Schlaf: Denn die Flugzeuge werden direkt über ihre Häuser hinwegfliegen und Lärm verursachen, der fast so laut ist wie ein Rasenmäher.

In Deutschland gibt es immer öfter Ärger mit großen Bauprojekten. In Stuttgart verlegt die Bahn gerade den Hauptbahnhof unter die Erde, damit die Züge schneller durch die Stadt fahren können. Nördlich von Hamburg wird bald die Elbe ausgebaggert, damit noch größere Schiffe den Hamburger Hafen erreichen. Im Ruhrgebiet

Der Mensch braucht beides: Wirtschaft und Umwelt

soll die Autobahn 52 verlängert werden, in Rheinland-Pfalz ist eine riesige Brücke über die Mosel geplant.

Gegen all diese Vorhaben gibt es Proteste. Und die Gegner haben gute Argumente: Die Landschaft wird verschandelt, der Lärm nimmt zu, und der Wert der Häuser sinkt, wenn sich in der Nähe eine Autobahn oder ein Flughafen befindet. Außerdem kosten die Projekte Milliarden an Steuergeldern, die der Staat eigentlich zum Abbau seiner vielen Schulden benötigt.

Aber Steuern nimmt der Staat auch nur dann ein, wenn es der Wirtschaft gutgeht. Und die ist auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, also auf Autobahnen, schnelle Eisenbahnstrecken und erreichbare Flughäfen. Nur wenn der Verkehr flutscht, kommen die Produkte schnell von der Fabrik zum Kunden. Vernünftige Argumente hat die Wirtschaft also auch.

Immer wenn neue Infrastruktur geplant ist, zeigt sich ein großes Dilemma: Ökologie und Ökonomie, also Natur und Wirtschaft, stehen sich oft unversöhnlich gegenüber. Dabei braucht der Mensch beides: eine gut laufende Wirtschaft, damit möglichst viele Bürger genug Geld und Arbeit haben, und eine intakte Umwelt, damit beides auch in Zukunft erhalten bleiben kann.

Umwelt und Wirtschaft müssen aber eigentlich keine Gegensätze sein. Die Lösung wäre eine grünere Wirtschaft, die weiterhin viel produziert, aber trotzdem weniger

Rohstoffe und Energie verbraucht, also vor allem weniger Erdöl. Beim Thema Verkehr würde das bedeuten, dass Unternehmen ihre Container seltener per Flugzeug und Lkw befördern, sondern öfter mit dem Zug. Der braucht viel weniger Treibstoff. Doch

auch kaum jemand haben. Wieder eine Zwickmühle.

Ein weiteres Problem kommt hinzu: In Norddeutschland, wo

viel Wind weht, gibt es wenig Menschen und wenige Fabriken. Also müssen große Überlandleitungen her, die den Strom transportieren. Fast 2000 Kilometer sollen davon demnächst neu entstehen. Das ist ungefähr dreimal die Strecke von München nach Berlin. Auch dagegen haben sich längst Bürgerinitiativen gegründet, die demonstrieren und vor Gericht ziehen. Viele sehen zwar ein, dass wir bei der Stromerzeugung auf Kohle und Atomkraft verzichten müssen. Aber sie selbst wollen davon verschont bleiben. „Nimby“ werden die Anwohner oft genannt. Die Abkürzung steht für das englische „Not in my backyard“ - nicht in meinem Hinterhof!

All das zeigt: Lösungen zu finden, die die Interessen der Wirtschaft, der Anwohner und der Umwelt gleichermaßen erfüllen, ist fast unmöglich. Immerhin will Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer dafür sorgen, dass die Bürger künftig bei neuen Projekten früher befragt werden. Dann können Einwohner, Politiker und Wirtschaftsvertreter gemeinsam überlegen, ob es nicht doch eine bessere Lösung gibt.

Das sagen Schüler dazu:
„Alle wollen modern leben, aber keiner die Folgen tragen.“
Inga, Jahrgang 13

So sehen's Schüler



die Umstellung klappt bisher nicht: Noch immer wird in Deutschland viermal so viel auf den Straßen transportiert wie auf den Eisenbahngleisen.

Bei der Stromversorgung gibt sich die Regierung mehr Mühe mit dem Umweltschutz: In Zukunft soll immer weniger Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken kommen und mehr aus Windkraft. Doch auch dafür muss viel gebaut werden: Über 20000 Windräder gibt es schon. Fast genauso viele sollen in den nächsten zehn Jahren dazukommen. In der Nähe seines eigenen Hauses will die aber



STADT- UND REGIONALPLANER

Große Bauprojekte entwickeln und Stadtbilder gestalten

Eine Autobahn oder einen Flughafen zu bauen ist sehr aufwendig. Schon bevor der Startschuss

für die Bauarbeiten fällt, gibt es eine Menge zu tun. Viele dieser Vorarbeiten erledigen Stadt- und Regionalplaner. Sie beschäftigen sich zum Beispiel damit, wie eine Autobahn künftig verlaufen muss oder wo sich Schulen, Büros oder Einkaufszentren sinnvollerweise befinden sollten. Bei ihren Entwürfen müssen sie zahlreiche rechtliche Vorschriften beachten

und stets die Auswirkungen der Baumaßnahme auf Mensch und Umwelt im Blick haben.

Viele Stadt- und Regionalplaner haben zunächst studiert. Als Fachrichtungen bieten sich etwa Architektur, Bauingenieurwesen oder Stadtplanung an. Wer sein Studium beendet hat, beginnt oft bei einer Stadt, einer Gemeinde oder in einem Architekturbüro. Aber auch eine Ausbildung zum Bauzeichner kann ein Start in den Beruf sein. Bauzeichner erstellen Pläne für Häuser, Brücken oder Straßen.

Neben sehr guten mathematischen Kenntnissen sind für Ausbildung und Studium Vorkenntnisse in der Physik und der Datenverarbeitung von Vorteil. Gestalterisches Geschick, Genauigkeit und Organisationstalent sollten ebenso vorhanden sein wie ein sehr gutes technisches Verständnis. Und ganz wichtig: Wer eine Stadt oder gar eine ganze Region mitentwickeln und -gestalten möchte, braucht ein hohes Maß an Kreativität.

Weitere Infos unter:
www.isr.tu-berlin.de



Eine Stadt entsteht am Computer.

Jasmin Fresemann
Institut für Ökonomische Bildung
Oldenburg

Die Gewinner von Panem

Die Verfilmung von „Die Tribute von Panem“ lockt Millionen Fans in die Kinos. Autorin Suzanne Collins und Darstellerin Jennifer Lawrence profitieren.

Beate Faulborn

Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg

Kaum hat Harry Potter sein letztes Abenteuer bestanden, da tritt Katniss Everdeen die Nachfolge in einer Fantasy-Verfilmung an. Katniss ist die Hauptfigur der Trilogie „Die Tribute von Panem“. Wie schon die Potter-Bände schossen die Bücher der amerikanischen Schriftstellerin Suzanne Collins zunächst an die Spitzen der weltweiten Bestsellerlisten. Die Verfilmung des ersten Bandes räumt nun an den Kinokassen ab. Der Start des Films Ende März in den USA war mit 155 Millionen Dollar Einnahmen am ersten Wochenende der dritterfolgreichste Kinostart aller Zeiten.

Zugleich haben die „Tribute“ sowohl Autorin Collins als auch die Hauptdarstellerin Jennifer Lawrence reich und berühmt gemacht. Suzanne Collins arbeitete als Drehbuchautorin für das amerikanische Kinderfernsehen, als sie 2009 den ersten Band der Trilogie veröffentlichte. Ihre packenden Zukunftsromane wurden zunächst in den USA und dann in vielen anderen Ländern absolute Verkaufsschlager. Bei der Verfil-

mung hat Collins als Drehbuchautorin mitgewirkt. 2010 wählte das „Time Magazine“ die Schriftstellerin auf die Liste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt.

Die 21-jährige Schauspielerin Jennifer Lawrence haben Filmkritiker für die Darstellung der Katniss Everdeen sehr gelobt. Bereits vor zwei Jahren wurde sie für ihre Rolle im Film „Winter's Bone“ für einen Oscar nominiert. Dank dieser Auszeichnung und der „Tribute“-Verfilmung befindet sich Lawrence schon jetzt in einer Riege mit den Spitzen-Schauspielerinnen Hollywoods.

Von der Trilogie erhoffen sich aber noch andere finanzielle Gewinne. Der deutsche TV-Konzern ProSiebenSat1 etwa hat sich die Fernsehrechte des Kinoerfolgs und Vorkaufsrechte für die nächsten Teile gesichert. Einen siebenstelligen Betrag gab das Unternehmen dafür aus, erklärte der Konzerneinkaufschef Rüdiger Böss. Auch die Marketingmaschinerie läuft auf Hochtouren. In einem nach dem Film benannten Onlineshop gibt es zum Beispiel T-Shirts, Filmposter, Armbänder und sogar Katniss-Everdeens-Barbies.

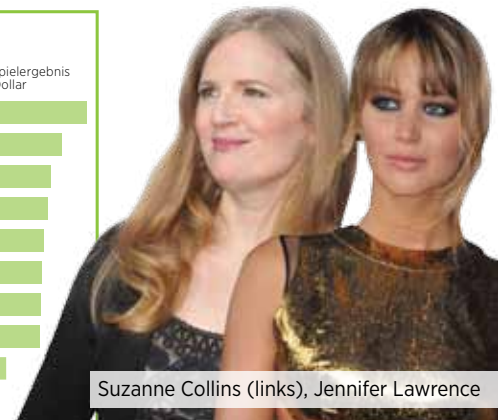
Das sagen Schüler dazu:

„Es war klar, dass nach Harry Potter und Twilight was Neues kommen musste.“ **Emely, Jahrgang 11**

Die weltweit erfolgreichsten Literaturverfilmungen

	Gesamteinspielergebnis in Mio. US-Dollar
1. Harry Potter und die Heiligtümer des Todes II	1.327,66
2. Der Herr der Ringe – Die Rückkehr des Königs	1.119,93
3. Alice im Wunderland (2010)	1.023,29
4. The Dark Knight	1.001,92
5. Harry Potter und der Stein der Weisen	968,66
6. Harry Potter und die Heiligtümer des Todes I	946,08
7. Harry Potter und der Orden des Phönix	937
8. Harry Potter und der Halbblutprinz	933,96
57. Die Tribute von Panem – The Hunger Games	628,63

Quelle: Internet Movie Database, Stand 20. Mai 2012



Suzanne Collins (links), Jennifer Lawrence

Pastor, Bürgerrechtler, Präsident

Stephan Friebe

Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg

Ende Juni hat Joachim Gauck seine ersten 100 Tage als Bundespräsident absolviert. Dass der ehemalige Pastor doch noch das Staatsoberhaupt von Deutschland werden würde, hatte im Juni 2010 keiner geahnt. Damals war er schon einmal nominiert. Er unterlag aber dem CDU-Politiker Christian Wulff. Da dieser aber noch

nicht einmal zwei Jahre später vorzeitig zurücktrat, erhielt Gauck eine neue Chance - und erreichte diesmal mit knapp 80 Prozent der Stimmen die Mehrheit in der **Bundesversammlung** (siehe Spickzettel, Seite 8).

Der gebürtige Rostocker ist mit 72 Jahren nicht nur der bisher älteste, sondern auch



der erste der keiner Bundespräsident, Partei angehört. Trotzdem ist der vierfache Vater schon lange politisch sehr aktiv. Er kämpfte in der ehemaligen DDR gegen die Diktatur. Gauck setzte sich für die Freiheit der Menschen ein, die die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht besaß. So erlaubten die Regierenden in der

DDR zum Beispiel keine Reisen in westliche Länder. Zudem konnten Unternehmen in der DDR nicht frei entscheiden, welche Güter sie produzieren wollten. Auch das bestimmte allein der Staat.

Freiheit hat Gauck nun auch zu einem der Leitmotive seiner Amtszeit gemacht. Kritiker werfen ihm vor, er kenne nur dieses Thema. Er muss nun zeigen, dass er sich auch zu anderen wichtigen Problemen äußern kann.

Vor der Pleite ist keiner sicher

Jedes Jahr melden an die 30 000 Firmen in Deutschland Insolvenz an. Damit fällt zugleich der Startschuss für deren Rettung.

Dieter Fockenbrock
Handelsblatt Düsseldorf

Irgendwann scheint es jeden zu erwischen. Der Unterwäscheproduzent Schiesser, der Drogeriekönig Schlecker, der Modelleisenbahnhersteller Märklin - alle pleite. Selbst Firmen, die noch keine zehn Jahre alt sind, kann es treffen. Auf den Dächern deutscher Wohnhäuser werden zurzeit zwar Millionen Solarzellen zur Stromerzeugung montiert, doch Q-Cells, Fabrikant solcher Zellen, bricht zusammen.

Die Gründe für die Pleiten sind unterschiedlich. Modelleisenbahnen sind aus der Mode gekommen, Jungs spielen heute am PC. Statt klassischer Schiesser-Wäsche kauften die Kunden lieber Modedesigns. Und Schlecker? Immer weniger Leute wollten in den engen Läden einkaufen. Auch für die Q-Cells-Pleite gibt es eine Erklärung: Solarzellen aus China sind billiger.

Gleich ist bei all diesen Pleitekandidaten: Irgendwann kommt einfach zu wenig Geld

rein. Die Unternehmen können ihre Rechnungen nicht mehr begleichen. Schlecker musste seinen Waschmittel-Lieferanten Henkel auf später vertrösten, bei Märklin zitterten die Arbeiter um ihre Löhne.

nicht, kann er sogar ins Gefängnis kommen. Der Insolvenzrichter setzt einen Insolvenzverwalter ein. Das ist meist ein Anwalt, der von nun an das Sagen hat. Kein Euro wird mehr ohne seine Zustimmung ausgegeben, kein Vertrag mehr ohne seine Unterschrift gemacht.

Doch pleite zu sein heißt nicht, Tür abschließen und Feierabend. Ziel des Insolvenzverfahrens ist es vielmehr, die Firmen zu erhalten. Daher können sich Unternehmen in der Insolvenz zum Beispiel auch von drückenden Bankschulden befreien oder Mitarbeiter leichter als sonst entlassen. Das ist nicht schön für die Banken und die Beschäftigten, rettet aber unter Umständen den Rest der Firma. Ein gutes Beispiel dafür ist Karstadt. Die Insolvenzverwalter haben einige unrentable (siehe Spickzettel, Seite 8) Filialen geschlossen, das Warensortiment reduziert und mehrere Hundert Millionen Euro Bankschulden gestrichen. Am Ende fand sich ein Käufer, der Karstadt zu neuem Leben erwecken will. Wären nach der Pleite alle Warenhäuser dichtgemacht worden, hätte es dieses - vorläufige - Happyend nicht gegeben.



Kann ein Unternehmer aber nicht mehr zahlen, muss er zum Amtsgericht gehen und Insolvenz anmelden. Macht er das

KOMMENTAR Eine Pleite ist keine Schande



Dieter Fockenbrock
Handelsblatt
Düsseldorf

Machte die Firma eines ehrbaren Kaufmanns einst Konkurs, zog der seinen Sonntagsanzug an, setzte seinen schwarzen Hut auf, ging in den Keller - und erschoss sich.

Das wird gern erzählt, wenn vom Anstand früherer Kaufmannsgenerationen die Rede ist. Der Unternehmer nahm sich das Leben, weil er wirtschaftlich ruiniert war und er seine gesellschaftliche Existenz für gescheitert hielt. Ganz so dramatisch ist es heute zum Glück nicht mehr. Trotzdem: Die Pleite ist immer noch ein Makel. Ein Pleitier gilt bei uns als Versager.

In Amerika ist das ganz anders. Jedem Amerikaner wird das Recht auf eine zweite Chance gegeben. Jeder, der mit seinem ersten Unternehmen scheitert, kann ohne Kritik und Neid ein zweites gründen. Der Mut zur Selbstständigkeit wird anerkannt. Vielleicht sollten wir das auch so sehen. Natürlich gibt es raffgierige Unternehmer, die das Finanzamt betrügen und ihre Leute ausbeuten.

Aber die meisten Unternehmer wollen in erster Linie eine gute Idee umsetzen - und schaffen ganz nebenbei Arbeitsplätze. Manchmal reicht dann schon eine kleine Fehleinschätzung, zum Beispiel darüber, ob ein Produkt sich wirklich gut verkaufen lässt. Schon ist die Firma insolvent. Aber wer Risiken eingeht, macht zwangsläufig auch einmal Fehler. Deshalb sind Pleiten keine Schande.

Kartellamt ermittelt gegen Ölkonzerne

dpa/Reuters

Handelsblatt vom 4. April 2012

Nach Beschwerden freier Tankstellen über die Preisgestaltung der Mineralölkonzerne hat das **Bundeskartellamt** gegen die fünf Mitglieder des marktbeherrschenden **Oligopols** ein Wettbewerbsverfahren eingeleitet [BP/Aral, Esso, Jet, Shell und Total]. Konkret geht es darum, dass die Konzerne für die Belieferung von freien Tankstellen teilweise höhere Preise verlangt haben sollen als von Endkunden an den eigenen Tankstellen.

Seit Monaten gibt es Unmut über die Preisgestaltung der Konzerne. Die Benzpreise sind mit rund 1,70 Euro je Liter Super derzeit auf einem Allzeithoch. [...]

Die Bundesländer, aber auch die **Fraktionen** von Union und FDP fordern, dass die Bundesregierung Preisfesseln für Tankstellen prüfen soll. Eine Variante wäre das in Westaustralien praktizierte Modell, wo am Vortag von jeder Tankstelle an eine Behörde gemeldet werden muss, welchen Literpreis man am nächsten Tag verlangt. Dieser darf dann 24 Stunden lang nicht verändert werden. Bundeskartellamts-Präsident Mundt betonte: „Man könnte auch über Formen des westaustralischen

Modells nachdenken, die nur die Oligopolmitglieder einbeziehen und so den Außenwettbewerb durch die freien Tankstellen stärken.“ Die konzernunabhängigen Anbieter könnten auf die Preise der großen fünf reagieren, während diese jeweils am Vortag ihre Preise mitteilen müssten.



Benzinpreise auf Rekordhöhe



Ein Handelsblatt-Artikel mit Erklärungen für Schüler

Das **Bundeskartellamt** schützt den Wettbewerb auf den bundesweiten Märkten in Deutschland. Es überprüft auf gesetzlicher Grundlage, ob dieser gewährleistet ist, und schreitet etwa ein, wenn verschiedene Unternehmen untereinander ihre Preise absprechen. Wollen sich zwei Unternehmen zusammenschließen (fusionieren), prüft das Bundeskartellamt, ob sie dadurch eine marktbeherrschende Position erhalten. Ist das der Fall, können die Wettbewerbswächter die Fusion untersagen. Auf der Ebene der Bundesländer sind die Landeskartellämter zuständig.

Oligopol: Dieser Begriff beschreibt die Form eines Marktes, in dem wenige Anbieter auf viele Nachfrager treffen.

Fraktionen: In der Regel bilden alle Abgeordneten einer Partei, die in ein Parlament (etwa den Bundestag) gewählt wurden, zusammen eine Fraktion. Diese muss eine bestimmte Personenzahl umfassen, um anerkannt zu werden.

WAS BEDEUTET DAS?

Märkte haben unterschiedliche Formen. Treffen viele Anbieter auf viele Nachfrager, spricht man von einem Polypol. Beim Monopol gibt es nur einen Einzigen, der eine bestimmte Ware offeriert. Ein Beispiel für ein Oligopol schließlich ist der deutsche Tankstellenmarkt: Nur wenige Unternehmen dominieren weitgehend das Geschehen.

Warum kann ein Oligopol den Wettbewerb behindern?

Bei Oligopolen besteht die Ge-

fahr, dass sich die wenigen Anbieter untereinander absprechen. Dadurch behindern sie kleinere Unternehmen. Ein freier Wettbewerb findet nicht statt. Im Fall der Tankstellen untersucht das Bundeskartellamt etwa gerade, ob die fünf großen Öllieferanten, die selbst Tankstellen betreiben, den kleinen Tankstellen das Benzin so teuer verkauft haben, dass diese nicht konkurrieren konnten.

Das Beispiel zeigt zugleich, dass solche Absprachen auch den Nachfragern – hier den Autofah-

gern – große Nachteile bescheren können. Denn die Preise werden sich aufgrund solcher Praktiken eher zugunsten der Anbieter entwickeln, also steigen. Wollen die Kunden diese Beträge nicht zahlen, müssen sie auf den Kauf verzichten. Und das ist zum Beispiel bei Benzin nur schwer möglich.

Wie kann der Staat eingreifen?

Damit auf allen Märkten ein weitgehend freier Wettbewerb herrscht, gibt es Gesetze, die solche Absprachen verbieten. Zu-

dem kontrollieren Behörden wie das Bundeskartellamt den Wettbewerb. Aktuell plant die Regierung darüber hinaus, eine Benzinpreis-Polizei einzuführen. Die Mineralölkonzerne sollen künftig jede Preisveränderung detailliert melden. Experten bezweifeln jedoch, dass damit die Probleme gelöst werden können.

Michael Koch

Institut für Ökonomische Bildung
Oldenburg

Einsatz für die Gesellschaft

Seit acht Jahren ist Max Allisat bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv. Er ist stolz darauf, dass er Menschen in Not helfen kann.

Max Allisat (18, Berufsschule)
Oberstufenzentrum Palmnicken Fürstenwalde

Bereits mit zehn Jahren bin ich in die Jugendfeuerwehr Eisenhüttenstadt eingetreten. Ich hatte schon immer ein großes Interesse an Technik. Mich reizten aber auch die Abenteuer, die ich bei der Feuerwehr erleben würde, und der Zusammenhalt. Meine Erwartungen haben sich voll und ganz erfüllt. Ich habe über die Ausbildung und die Veranstaltungen bei der Jugendfeuerwehr viele nützliche Dinge gelernt, die ich nicht nur für meinen aktiven Dienst gebrauchen kann.

Im vergangenen Sommer konnte ich die Grundausbildung zum Feuerwehr-

mann erfolgreich abschließen. Seitdem habe ich bereits an mehr als 50 Einsätzen teilgenommen. Das hat mir auch gezeigt, welche Erwartungen die Gesellschaft an uns Feuerwehrleute stellt und wie wichtig wir für jeden Einzelnen sind, dem wir helfen können.

Es gibt mir ein gutes Gefühl, dass ich Menschen in Not mit den bei der Feuerwehr erlernten Fähigkeiten und Fertigkeiten helfen kann. Schön ist natürlich auch,

dass ich nicht nur Gutes tue, sondern zugleich meinen Interessen nachgehen kann - also zum Beispiel dem Umgang mit Technik.

Für mich ist es selbstverständlich, sich für das Allgemeinwohl einzusetzen und persönliche Belange auch mal zurückzustellen. Ich finde, ein Mitglied der Gesellschaft sollte nicht nur sehen, was es mitnehmen kann, sondern auch, was es einbringen kann.



Feuerwehrmann Max Allisat

Ganz einfach Gutes tun

Lena Matthes (Jahrgang 11)
Helene-Lange-Gesamtschule Oldenburg

Laufen für eine Welt. Unter diesem Motto steht der **Sponsorenlauf** (siehe Spickzettel, Seite 8), der regelmäßig an der Helene-Lange-Schule (HLS) Oldenburg stattfindet. Ziel ist, möglichst viel Geld für einen guten Zweck zu erlaufen. Jeder Teilnehmer braucht einen Sponsor. Dieser zahlt für jede von den Jugendlichen gelaufene Runde à 600 Meter einen bestimmten Betrag. Im vergangenen Jahr kamen auf diese Weise immerhin 6120 Euro zusammen.

Von den Spenden hat die HLS in der Vergangenheit beispielsweise eine Photovoltaikanlage, mehrere Computertische

und Bücher für Partnerschulen in Nicaragua und Südafrika finanziert. Außerdem haben wir Geld an ein Aids-Zentrum in Port Elizabeth (Südafrika) gespendet.

Da die Teilnehmer höchstens 20 Runden auf einer Grünfläche nahe der Schule laufen dürfen und auch schon kleine Beträge hilfreich sind, erklären sich viele bereit, zu spenden. Am häufigsten sind Verwandte die Sponsoren. Doch wenn sich die Schüler frühzeitig

kümmern, sind oft auch Firmen bereit, etwas höhere Beträge beizusteuern.

„Ich bin glücklich darüber, auf einfache Weise Gutes für andere Menschen getan zu haben“, sagte eine Teilnehmerin aus dem II. Jahrgang.



Lena Matthes

AB INS EHRENAMT

Ehrenamtlich engagieren könnt ihr euch in unterschiedlichen Bereichen. Hier findet ihr eine kleine Auswahl großer Verbände (siehe Spickzettel, Seite 8) und Einrichtungen, bei denen ihr mehr Infos bekommt.

- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband: www.awo.de
- Deutsche Jugendfeuerwehr: www.jugendfeuerwehr.de
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft: www.dlrg.de
- Deutsches Rotes Kreuz: www.drk.de
- Naturschutzbund Deutschland: www.nabu.de
- Technisches Hilfswerk: www.thw.de

FACEBOOK

Und jetzt seid ihr dran! Unter www.facebook.com/handelsblattmachtschule könnt ihr eigene Artikel veröffentlichen, euch austauschen und über den Handelsblatt Newcomer diskutieren. Wir freuen uns auf eure Meinung zu den Artikeln. Darüber hinaus sind aber auch Ideen oder Themenvorschläge von euch jederzeit willkommen.



Spickzettel

Alle wichtigen Begriffe dieser Ausgabe im Überblick

Sponsor, Seiten 1, 7

Ein Sponsor gibt Finanzmittel (Geld), Sachleistungen (Autos) oder Dienstleistungen (Beratung) an Personen oder Einrichtungen weiter, ohne Geld dafür zu verlangen. Meist geschieht dies, um Aufmerksamkeit zu wecken, bekannter zu werden und darüber neue Kunden zu werben. Denn als Gegenleistung erhält der Sponsor etwa einen Aufdruck des Unternehmenslogos auf Sporttrikots.

Bundesversammlung, Seite 4

Die Bundesversammlung wählt unser Staatsoberhaupt, den Bundespräsidenten. Sie besteht aus den Mitgliedern des Bundestags (aktuell 620 Personen) und noch einmal so vielen Personen, die die Landtage unserer sechzehn Bundesländer in die Bundesversammlung wählen. Dies müssen nicht zwangsläufig Politiker sein, es können auch Prominente wie Musiker, Schauspieler oder Sportler sein.

Rentabilität, Seite 5

Um wirtschaftlich aktiv sein zu können, muss ein Unternehmen über Kapital (dazu gehören zum Beispiel Geld oder Maschinen zur Produktion) verfügen. Es gilt als rentabel, wenn es durch den Einsatz dieses Kapitals einen Gewinn erzielen kann. Die Rentabilität eines Unternehmens beschreibt dabei das Verhältnis von einem sogenannten Erfolgswert, beispielsweise eben dem Gewinn, zum eingesetzten Kapital innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Verband, Seite 7

Grundlegend schließen sich in Verbänden Personen oder Unternehmen zusammen, die einen gemeinsamen Zweck verfolgen. Dabei haben sie zum Beispiel wirtschaftliche, gesellschaftliche oder soziale Zielsetzungen. Ein Beispiel für Letzteres sind sogenannte Wohlfahrtsverbände, die gemeinnützige Arbeit leisten, beispielsweise in Jugend- oder Seniorenheimen.



Dieter Fockenbrock (Chefkorrespondent Handelsblatt) und Hans Kaminski (Direktor IÖB)

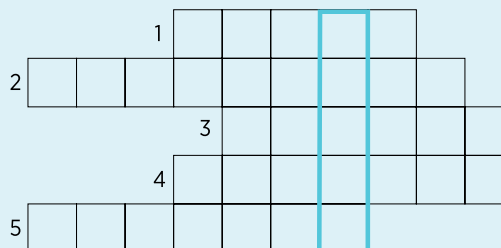
Liebe Leserinnen und Leser,

Olympische Spiele und Fußball-EM - gleich zwei sportliche Großereignisse halten in diesem Sommer Fans auf der ganzen Welt in Atem. Mit den wirtschaftlichen Dimensionen, die solche Veranstaltungen mit sich bringen, beschäftigt sich unser Titelthema. In literarischer Hinsicht hat es Suzanne Collins bereits aufs Siegertreppchen geschafft. Sie ist die Autorin von „Die Tribute von Panem“. Wir blicken hinter den Erfolg der Trilogie (Seite 4). Doch auch kontroverse Themen, wie der Bau großer Verkehrsprojekte (Seiten 2 und 3) oder der steigende Ölpreis (Seite 6), behandeln wir in unseren Artikeln. Und auf der Schülerseite (Seite 7) zeigen Jugendliche, dass es sinnvoll ist und zugleich Spaß machen kann, sich ehrenamtlich zu engagieren. Vielleicht eine Idee für die Sommerferien?

Wir wünschen eine sonnige (Ferien-)Zeit mit dem Handelsblatt Newcomer.

Gewinnspiel

Finde den richtigen Begriff, gehe auf www.handelsblattmachtschule.de/newcomer und trage das Lösungswort und deine E-Mail-Adresse ein. Zu gewinnen gibt es einen ferngesteuerten Hubschrauber. Die Umlaute ä, ö, ü sind ein Buchstabe.



1. Unter anderem verbessern Bauprojekte die ...struktur.
2. Joachim Gauck ist unser Bundes...
3. Wo finden 2012 Olympische Spiele statt?
4. Wer prüft die Gewährleistung von Wettbewerb? ...ämter
5. Vorname der Autorin von „Die Tribute von Panem“?

Alle Antworten zu diesen Fragen findest du im Handelsblatt Newcomer. Einsendeschluss ist der 31. Juli 2012. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Erfolg!

Impressum

Herausgeber: Dieter Fockenbrock, V.i.S.d.P. (Handelsblatt) und Hans Kaminski (Institut für Ökonomische Bildung, Uni Oldenburg)

Redaktion: Melanie Rübartsch

Konzept: Katrin Eggert, Dieter Fockenbrock, Hans Kaminski, Michael Koch

Art Director: Nils Werner

Koordination: Maren Kienab, Melanie Rübartsch

Layout und Fotos: Sandra Janzso

Handelsblatt-Newcomer Online: Eva Erb-Schulze

Marketing und Vertrieb: Julia Reibel

Englische Übersetzung: John Dalbey für die PONS GmbH

Verlag: Handelsblatt GmbH

Geschäftsführung: Marianne Dölz,

Dr. Michael Stollarz

Kasernenstr. 67, 40213 Düsseldorf

Tel.: +49 (0) 211-887-0

Druck: kuncke druck GmbH,

Kornkamp 24, 22926 Ahrensburg

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Max Allisat, Lehrer und Schüler der Helene-Lange-Schule Oldenburg (Ortrud Reuter-Kaminski, Emely Bagge, Eileen Bokelmann, Tanja Bohle, Annkathrin Eckmeyer, Martha Heeke, Lena Matthes, Melina Maurer, Lea Schönborn, Inga Stapel, Lea Zuch)

Fragen und Feedback: hb.schule@vhb.de oder über Facebook (www.facebook.com/handelsblattmachtschule). Für Unternehmen mit Interesse an einer Partnerschaft: hb.schule@vhb.de

Handelsblatt Newcomer erscheint alle zwei Monate. Sie als Lehrkraft können den Handelsblatt Newcomer für Ihre Schüler kostenlos bestellen:

www.handelsblattmachtschule.de/newcomer

Bildmaterial mit freundlicher Unterstützung von:



Programme mit freundlicher Unterstützung von:



Der nächste Handelsblatt Newcomer erscheint im September.

